



In Sachen Für und Wider

Heidelinde Adensam, die Leiterin der Abteilung VI/6 „Energieeffizienz und Wärme“ im Energieministerium (BMK), gab sich reumütig: Sie sei zu optimistisch gewesen mit der Annahme, das neue Energieeffizienzgesetz (EEffG) werde Anfang Juni bereits in Begutachtung sein, bekannte die BMK-Spitzenbedienstete bei der Energiekonferenz EPCON des IMH in Mauerbach bei Wien. In den vergangenen Monaten habe sich „wenig getan“, weil alle Kräfte des BMK darauf ausgerichtet waren, die energiewirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Einmarschs in der Ukraine zu kompensieren. Daher könne sie, Adensam, beim besten Willen nicht sagen, wann der seit langem ausstehende EEffG-Entwurf öffentlich präsentiert werde. Auch dieser werde bald wieder obsolet sein. Denn auf EU-Ebene laufe die Finalisierung der neuen, dritten, Energieeffizienzrichtlinie: „Dann müssen wir das EEffG wieder aufmachen.“ Auf fachlicher Ebene ist der Entwurf laut Adensam so gut wie fertig. Politisch gebe es aber offenbar noch Abstimmungsbedarf. Wegen der EU-Vorgaben müsse das neue EEffG eine Obergrenze für den Energieverbrauch in Österreich enthalten. Und wolle Österreich bis 2040 klimaneutral werden, sollte diese bei etwa 700 bis 800 Petajoule (PJ) pro Jahr liegen. Zum Vergleich: Das Anfang 2021 ausgelaufene erste EEffG setzte eine Obergrenze von 1.050 PJ. Adensam zufolge ist das Thema komplex: „Es gibt große Unsicherheiten darüber, was eine bestimmte Vorgabe, die im Gesetz festgeschrieben wird, bedeutet.“ Das aber mache es für Interessenvertreter „schwierig, zu wissen, wofür oder wogegen sie sein sollen“. (kf) ■



im Energieeffizienzgesetz

Die Erdgasimporte der EU aus Russland binnen Jahresfrist von 155 Milliarden Kubikmetern (bcm) um zwei Drittel zu reduzieren, „wird ganz hart sein, aber es geht“. Das betonte Jozef Vasak von der EU-Vertretung in Österreich bei der Energiekonferenz EPCON des IMH in Mauerbach bei Wien. Als Maßnahmen nannte Vasak unter anderem die EU-Plattform zur gemeinsamen Gasbeschaffung, die „Diversifizierung der Gasversorgung“, insbesondere durch gesteigerte Importe von verflüssigtem Erdgas (LNG) vorzugsweise aus den USA und Kanada, vermehrte Gasimporte aus Aserbaidschan über den „südlichen Gaskorridor“, die „Wiederaufnahme des Energiedialogs mit Algerien“ sowie die „Sondierung des Exportpotenzials afrikanischer Länder südlich der Sahara“. Ferner würden die Gasspeicher zu mindestens 80 Prozent befüllt, konstatierte Vasak.

Das Programm hat indessen etliche Haken. So versäumte die Kommission, dessen Kosten abschätzen zu lassen, berichtete der Nachrichtendienst Euractiv. Die Kommission nimmt also möglicherweise erheblich steigende Gaskosten in Kauf, zu Lasten der Industrie ebenso wie der Haushalte. Denn was Importe aus den von Vasak genannten Ländern betrifft, lässt der aktuelle Quarterly Gas Review (QGR) des renommierten Oxford Energy Institute (OEI) keinen Zweifel: So weit sie überhaupt möglich sind, gehen sie kräftig ins Geld. Ausdrücklich heißt es im QGR, für den Sommer seien hohe LNG-Preise zu erwarten, und ob das Gas überhaupt nach

Europa komme, hänge von der Nachfrage in anderen Regionen ab, insbesondere in Asien. Algerien habe bereits mitgeteilt, nur „wenige bcm“ mehr als derzeit liefern zu können. Aus Aserbaidschan kann die EU mangels größerer Pipelinekapazität nicht mehr als zehn bcm beziehen. Abgesehen davon beliebt der dortige Potentat Ilham Aliyev im Herbst 2020, über das benachbarte Armenien herzufallen, bis Russland und die Türkei für (brüchige) Ruhe sorgten. Ungestörter Gasbezug ist also keine ausgemachte Sache. Die Speicher schließlich sind ohne russisches Gas schlicht und ergreifend nicht zu füllen. Dazu kommt, dass Vasaks 80 Prozent zwar eindrucksvoll klingen, aber kaum sind: Mit vollen Speichern lässt sich gerade einmal ein Viertel des jährlichen Gasbedarfs der EU decken, mit einer Füllung von 80 Prozent wenig mehr als ein Fünftel